938/A(E) vom 14.10.2020 (XXVII. GP)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Johannes Margreiter, Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Eingliederung der Insassen von Justizanstalten in das System der staatlichen Krankenversicherung

Im Bereich der Kosten der medizinischen Versorgung ist in den vergangenen Jahren eine stetige Steigerung zu beobachten. Wurden im Jahr 2008 noch Gesamtkosten iHV 62 Mio. € verzeichnet, waren es 2019 schon fast 95 Mio. €, was einer Steigerung von etwa 52% entspricht und die historische Inflation (12,16 %) bei weitem übertrifft.

Der Mammutanteil der Kosten entfällt auf externe medizinische Dienstleistung, die von der Justiz "zugekauft" werden muss.

Beträge in Mio. € 2015 2017 2018 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2016 ingung in öffentlichen psychiatrischen 35,046 42,054 31.488 32.823 27,012 31.410 30.284 30.233 30.148 33,439 43,336 Krankenanstalten Krankenanstalten sonstige Zwischensumme öffentliche 7.502 7,670 9,560 10,143 11.310 10,634 10.845 12,197 13.128 12.336 11.953 38,990 42,716 42,383 37,155 42,720 40,918 41,078 42,345 46,567 54,390 55,289 Krankenanstalten praktische Ärzte, Fachärzte, Zahnärzte extern 3.381 3,941 3.96 4.70 4,945 4.716 4.593 4,852 5,289 5,274 5,560 Zwischensumme externe med 47,665 51,856 60,849 42,371 46,657 46,352 41,862 45,634 45,671 47,197 59,664 Versorgung (Behandlung) nstaltsärzte, Psychiater, Psychologen genes Pflegepersonal 6,945 6,79 6,451 7.182 6.75 5,525 6.176 6.325 6.110 4,238 4,367 4,66 4,916 5,05 5,008 5,395 5,503 5,979 6,490 Zwischensumme justizeigenes 11,183 11,549 11,418 11,713 10,582 11,184 11,720 11,954 12,477 12,600 12,560 Personal Personal über Justizbetreuungsagentur Zwischensumme zugekauftes medizinisches Personal 0,000 2,333 6,663 7,419 8.948 9.014 9.543 12.000 13.263 12.000 13.000 0,000 12,000 13,263 12,000 2,333 6,663 7,419 8,948 9,014 9,543 13,000 7,542 7.154 7,05 7.267 7,839 8.004 8.192 7.105 7.29 7.149 6.876 0,207 0,258 0,248 0,21 0,211 0,208 0,23 0,255 0,209 0,198 0,176 8,450 7,353 7,515 7,360 7,750 7,390 7,314 7,085 7,465 8,211 Heilbehelfe Summe interne medizinische 21,235 25,596 26,492 27,280 27,588 28,577 31,039 33,771 19,633 33,205 32,615 Versorgung Gesamtsumme medizinische 71,948 68,354 74,945 62,004 67,892 73,222 78,236 85,061 92,279 94,620

Kosten der medizinischen Versorgung der Insassinnen und Insassen 2008-2018

(Quelle: 2615/AB XXVI. GP - Anfragebeantwortung - Beilage 1)

BM aD Dr. Clemens Jabloner hielt in seinem Wahrnehmungsbericht fest:

"Die medizinische Versorgung stellt neben den Personalkosten und Sonderbudgets (z.B. zur Realisierung von Bauvorhaben) den finanziell größten Ausgabenposten im Straf- und Maßnahmenvollzug dar und erfolgt innerhalb (Krankenabteilungen, Ordinationen, zwei Sonderkrankenanstalten) und außerhalb der Justizanstalten. Ärztliches und Krankenpflegepersonal wird überwiegend über die Justizbetreuungsagentur (JBA) beschäftigt. Jährlich durchlaufen in etwa 15.000 Personen bundesweit die Strafvollzugseinrichtungen. In einzelnen fachlichen und regionalen Bereichen ist die Versorgung nur schwer bzw. nicht mehr im notwendigen Umfang zu gewährleisten. Alarmierend ist die Tendenz, dass – auch aufgrund der Lohnschere – kaum noch ärztliches bzw. medizinisches Personal für den Strafvollzug zu finden ist. Die Justiz ist verpflichtet, die Insassinnen und Insassen medizinisch entsprechend der in Freiheit allgemein üblichen Versorgung zu behandeln (Äquivalenzprinzip).

Der Gesundheitszustand von Insassinnen und Insassen ist im Durchschnitt schlechter als jener der übrigen Bevölkerung. In Verbindung mit der Versorgung unter Haftbedingungen ergibt dies hohe Kosten für Medikamente und die medizinische Behandlung."

Derzeit fallen exorbitante Behandlungskosten für Häftlinge an, da diese mangels Krankenversicherung von den Krankenanstalten und Ärzt_innen nach Privattarifen verrechnet werden. Die Eingliederung der Insassen von Justizanstalten in das System der staatlichen Krankenversicherung würde zu einer signifikanten und nachhaltigen Entlastung des Justizbudgets führen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz, wird aufgefordert, unter Sicherstellung einer adäquaten medizinischen Versorgung der Insassinnen und Insassen eine Eingliederung der Insassen in das System der staatlichen Krankenversicherung umfassend zu prüfen und dem Nationalrat ehebaldig einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zuzuleiten."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Justizausschuss vorgeschlagen.

VIII X I